



Sperrfrist: Redebeginn.

Es gilt das gesprochene Wort.

Augenmaß und Verantwortung: Öffnungsschritte nach der dritten Pandemie-Welle

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Saarlandes

Tobias Hans

Staatskanzlei des Saarlandes

Saarbrücken, den 16. Juni 2021

Weitergabe und Veröffentlichung des Inhalts des Redeentwurfs im Gesamten oder in Teilen sowie das Anfertigen von Kopien oder Abschriften – auch in digitaler Form – sind bis zum Ablauf der Sperrfrist grundsätzlich untersagt. Der Redeentwurf ist bis dahin vertraulich zu behandeln und darf nur an befugte Dritte mit einem entsprechenden Hinweis weitergegeben werden.

Herr Präsident,

Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete,

liebe Saarländerinnen und Saarländer,

als ich zum letzten Mal in diesem Haus eine Regierungserklärung zur Corona-Pandemie im Saarland abgegeben habe, standen wir an der Schwelle zur dritten Pandemie-Welle. Die 7-Tage-Inzidenz lag bei etwa 70. Sie sollte sich in den darauffolgenden Wochen mehr als verdoppeln. Ende April kam dann der Wendepunkt. Von da an sanken die täglichen Infektionszahlen kontinuierlich ab, bis zur heutigen 7-Tage-Inzidenz von um die 20.

Seitdem ist also viel passiert. Ich rekapituliere: In der Regierungserklärung vom 25. März kündigte ich das Vorhaben der Landesregierung an, mit einem eigenen Modell zur Bekämpfung der Corona-Pandemie beizutragen. Unser Entschluss hierzu fiel wenige Tage zuvor, als sich die Inzidenz im Saarland über mehrere Tage hinweg auf einem konstanten Niveau von um die 65 bewegte. Die Situation im Saarland war deutlich günstiger als im Bund. Dort lag die Inzidenz über 100, und sie war in einem steilen Anstieg begriffen. Das bewog uns, landesweit jene Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen, die laut dem vorhergehenden MPK-Beschluss für Regionen mit stabiler Inzidenz unter 100 offenstanden.

Das Saarlandmodell sah vorsichtige Öffnungsschritte vor – diese jedoch stets unter Vorlage eines negativen Schnelltests. Damit wollten wir dreierlei erreichen: Erstens sollten Zusammenkünfte unter sicheren Bedingungen möglichst ins Freie verlagert werden, wo die Ansteckungsgefahr laut einhelliger Auffassung der Aerosolforscherinnen und Forscher deutlich geringer ist als in Innenräumen. Zweitens wollten wir damit Anreize zu vermehrten Schnelltests geben. Dafür haben wir auch die Testinfrastruktur massiv ausgebaut. Drittens – und das ist das Entscheidende – sollten damit die Beschränkungen von Grundrechten auf das absolut notwendige Minimum reduziert werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle gerne nochmal unsere Rechtsauffassung in diesem Punkt darlegen. Wir waren uns von Beginn der Pandemie an über die Schwere der Grundrechtseingriffe bewusst. Ebenso über die

Notwendigkeit sehr sorgfältiger Güterabwägungen. Die Frage der Verhältnismäßigkeit unserer Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung stand stets im Fokus unseres Handelns. Ich habe das in diesem Hause immer und immer wieder betont. Vor diesem Hintergrund war das Saarland auch das erste Bundesland, dass beim ersten Lockdown im April des vergangenen Jahres zeitgleich mit den Lockerungen im Einzelhandel unter Auflagen das Versammlungs- und Demonstrationsrecht wieder freigegeben hat. Für uns war klar: Das Königsrecht der Demokratie darf keine Minute länger eingeschränkt werden, als es unbedingt notwendig ist. Der Grundsatz „So viel Beschränkung wie nötig, so viel Freiheit wie möglich“ bildete in jeder Phase der Pandemie unsere goldene Richtschnur, die uns unsere Verfassung vorgibt.

Ein weiteres kommt hinzu: Nach einem Jahr Pandemie war es nach unserer Auffassung Zeit, sich mehr einfallen zu lassen als nur Verbote, Schließungen und Beschränkungen. Vielmehr ist es die Pflicht des freiheitlichen Staates, alle Instrumentarien auszuschöpfen, um die Einschränkung von Grundrechten möglichst gering zu halten. Wir sehen uns dazu verpflichtet, stets aktiv nach dem gleich geeigneten milderen Mittel zu suchen. Für uns gibt es hierzu verfassungsrechtlich wirklich keine Alternative. Mehrere Verfassungsrechtlerinnen und Verfassungsrechtler und auch Entscheidungen von Gerichten haben uns in dieser Auffassung bestärkt.

Das wichtigste Instrument im Rahmen unseres Saarlandmodells waren die unbeschränkt zur Verfügung stehenden Antigen-Schnelltests. Das war im März 2021 grundlegend anders als noch ein Jahr zuvor. Aufgrund der von uns gesetzten Testanreize stieg die Zahl der Antigen-Schnelltests im Zuge unseres Saarlandmodells steil auf über 400.000 an – fast eine Verdreifachung innerhalb von drei Wochen. Nach einem zwischenzeitlichen Rückgang aufgrund der Bundesnotbremse liegen sie mittlerweile sogar bei etwa 500.000 pro Woche.

Dabei gilt es zu bedenken: Diese Zahlen geben nur die statistisch erfassten Schnelltests wieder. Diejenigen etwa in den Arztpraxen sind darin nicht einmal enthalten. In Wirklichkeit sind es also sehr viel mehr. Mein Dank an alle, die dies ermöglicht haben und vor allem an alle Saarländerinnen und Saarländer, die unsere Testangebote so bereitwillig und rege angenommen haben. Das war vorbildlich auch für alle anderen Bundesländer.

Die Kernstrategie des Saarlandmodells, anhand von Testungen das pandemische Geschehen im Sinne eines Steuerungsmodells unter Kontrolle zu bringen, ist aufgegangen.

Zwar stimmt es, dass nach Inkrafttreten des Saarlandmodells die Inzidenzen drei Wochen lang angestiegen sind. Dies hing natürlich auch damit zusammen, dass mit den Massenschnelltests zahlreiche vor allem asymptomatische Infektionsfälle aus dem Dunkelfeld entdeckt wurden. Zudem können wir davon ausgehen: Eine Teststrategie wirkt sich von ihrer Natur her nicht so schnell und unmittelbar aus wie eine Lockdown-Strategie. Der Lockdown gilt ab einem bestimmten Stichtag und wirkt somit unmittelbar. Die Testungen summieren sich jedoch nach und nach und sie verhindern während der ersten Tage auch kaum Ansteckungen. Die Unterbindung von Infektionsketten wirkt sich erst allmählich auf das Pandemiegeschehen aus, so dass eine Senkung der Fallzahlen auch später als bei einem Lockdown erwartet werden kann.

In Südkorea beispielsweise, das sehr viel stärker als Deutschland auf eine Tracing- and-Testing-Strategie setzte, sind erst drei Wochen nach Beginn der Maßnahmen die Fallzahlen wieder gesunken. Legt man diese Drei-Wochen-Frist auf die Entwicklung im Saarland an, so sieht man: Ziemlich genau drei Wochen nach Beginn des Saarlandmodells – ab dem 28. April – drehte die Inzidenz steil nach unten um 35 Prozentpunkte innerhalb von acht Tagen. Wichtig dabei: Der Wendepunkt vollzog sich am dritten Tag nach dem Beginn der bundesweiten Notbremse, also weit vor der 10- bis 14-Tage-Frist, ab der deren Auswirkung auf die Fallzahlen erst sichtbar wird.

Die Auswirkung von breitflächigen Testungen auf das Infektionsgeschehen haben wir am Beispiel der Schulen im Saarland auch von einem Wissenschaftlerteam unter der Federführung von Herrn Professor Göran Kauermann vom Institut für Statistik der Ludwig-Maximilians-Universität München wissenschaftlich untersuchen lassen. Sie wissen: Wir gehörten zu den ersten Bundesländern, die regelmäßig alle Schülerinnen und Schüler getestet haben. Damit verfügten wir auch über eine entsprechend hinreichende Datengrundlage für diese Untersuchung. Dabei hat Professor Kauermann klar festgestellt: Präsenzunterricht mit Schnelltests kann die Dunkelziffer verringern und somit auch die Infektionsfälle bei den Schülerinnen und Schülern reduzieren.

Damit zeigt sich: Das Saarlandmodell hat funktioniert – entgegen nicht weniger anderslautender Vorhersagen. Es hat das Infektionsgeschehen zurückgeführt und mehr Freiheitsrechte zugelassen. Und vor allem: Es fand reichlich Nachahmer in anderen Bundesländern. Überall in Deutschland hat man die Öffnungen nach der Notbremse mit einer ausgeweiteten Teststrategie verknüpft. Sogar in der New York Times fand man letzte Woche Worte der Anerkennung für die Teststrategie in Deutschland, wobei vor allem das Saarland hervorgehoben wurde. Es kommt schließlich nicht alle Tage vor, das unser Bundesland in einem führenden Presseorgan der Vereinigten Staaten Erwähnung findet.

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, ich betone all das aus einem einfachen Grund: Die Pandemie ist trotz der positiven Entwicklung in den letzten Wochen längst noch nicht überwunden. Deswegen hat sich die Frage der richtigen Strategie in der Pandemiebekämpfung auch noch nicht erübrigt.

Im Saarland verfügt etwa ein Drittel der Menschen schon jetzt über den kompletten Impfschutz, über 50 Prozent haben bereits ihre Erstimpfung. Der Rest bildet aber immer noch eine hinreichend kritische Masse, in der sich das Virus jederzeit wieder vermehrt ausbreiten kann. Ein Blick nach Großbritannien bestätigt das. Dort sind signifikant mehr Menschen geimpft als in Deutschland. Etwa die Hälfte verfügt über den vollen Impfschutz. Dennoch steigen die Fallzahlen wieder rasant an. Innerhalb weniger Tage hat sich die 7-Tage-Inzidenz auf einen Wert von um die 75 verdreifacht. Die Ursache hierfür liegt in der offenbar sehr viel ansteckernden Delta-Variante. Erinnern wir uns an die Alpha-Variante. Die ist bei uns in kürzester Zeit die dominierende Mutante geworden und hat maßgeblich die dritte Welle ausgelöst. Das können wir auch bei der Delta-Variante nicht ausschließen. In Luxemburg wurde sie bereits bei mehr als 16 Prozent aller sequenzierten Proben nachgewiesen. Von daher müssen wir uns bewusst sein: Wir sind noch nicht durch. Wir sind noch nicht auf der sicheren Seite. Das Saarlandmodell wird als Steuerungsmodell wohl noch eine gute Zeitlang gefragt sein. Und ich kündige hiermit an: Wir werden – soweit das in unserer Macht steht – auch bei einer erneuten Pandemiewelle weiterhin unser Saarlandmodell anwenden. Wir werden weiter viel testen, Infektionsketten unterbrechen und auch möglichst viel offenhalten. Ich bin überzeugt: Das ist das bessere Modell zur Bekämpfung dieser lang andauernden Pandemie, das bessere Modell, um die Akzeptanz der Menschen zu stärken und sie bei all unseren Maßnahmen bestmöglich mitzunehmen.

Derzeit, meine Damen und Herren, bewegt sich die Infektionsdynamik auf dem Niveau von Anfang Oktober, also am Anfang der zweiten Welle. Die Inzidenz im Saarland liegt mit circa 20 deutlich unter dem Tiefpunkt zwischen zweiter und dritter Welle. Damals waren es fast 60. Auch in unseren Krankenhäusern – Sie wissen, dass die Situation dort ein wichtiger Parameter für unser Ampelsystem ist – können wir eine deutliche Entspannung feststellen. Die Zahl der stationären und intensiv behandelten COVID-19-Patienten liegt ebenfalls auf dem Niveau vom Oktober des vergangenen Jahres. Das heißt: Bei allen Unwägbarkeiten hinsichtlich des weiteren Pandemieverlaufs sehen wir uns zu weiteren Öffnungsschritten verpflichtet.

Seit wir in allen Landkreisen eine stabile Inzidenz unter 100 erreicht haben, gelten bei uns nicht mehr die Maßgaben der bundesweiten Notbremse. Es gelten wieder die Regeln des Saarlandmodells, in dessen Zuge wir bereits wesentliche Lockerungsschritte vollzogen haben.

Dabei kündige ich auch jetzt schon an: Wir werden bei gleichbleibender Infektionslage in den kommenden Wochen weitere Öffnungsschritte vornehmen – voraussichtlich im Zwei-Wochen-Rhythmus. Was die Maskenpflicht angeht, haben schon einige Kommunen die Bestimmungen für den Aufenthalt im Freien gelockert. Bereits ab morgen gilt in unseren Schulen auch nicht mehr die Maskenpflicht am Platz im Klassenraum, sehr wohl aber noch dann, wenn man sich im Innenraum von seinem Platz entfernt. Sollte sich das Pandemiegeschehen allerdings wieder verschärfen – was wir natürlich alle nicht hoffen – dann müssen Lockerungen gegebenenfalls aber auch wieder zurückgenommen werden.

Unsere Hoffnung auf einen weiterhin entspannten Verlauf der Corona-Pandemie gründet natürlich nicht zuletzt auch auf unseren Impffortschritten. Unsere bisherige Bilanz im Saarland kann sich dabei durchaus sehen lassen. Bei den Erstimpfungen liegen wir mit über 52 Prozent bundesweit auf Platz zwei hinter Bremen. Bei den Zweitimpfungen führen wir die Rangliste mit etwa 32 Prozent an. In keinem anderen Bundesland verfügen so viele Menschen über den vollen Impfschutz wie im Saarland.

Unsere positive Impfbilanz zeigt: Wir nehmen den Gesundheitsschutz unserer Bevölkerung ernst. Und das werden wir auch weiterhin tun.

Mittlerweile finden Impfungen in unseren vier Impfzentren, in Hausarztpraxen und in Betrieben von Seiten der Betriebsärzte statt. Für diese und die kommenden beiden Wochen bestehen Lieferzusagen für fast 100.000 Impfdosen – in der Hauptsache von BioNTech/Pfizer. Wir bemühen uns selbstverständlich um ein Höchstmaß an Bürgerfreundlichkeit bei der Organisation unserer Impfkampagne. So haben wir Ende April die sogenannte Restplatzbuchung eingeführt. Damit können Personen, die auf der Impfliste stehen, aber noch keinen Termin haben, kurzfristig freiwerdende Impftermine für sich buchen. Auf solche Termine können sich aber auch Personen bewerben, die bereits einen Termin haben, der jedoch noch zeitlich weiter entfernt liegt.

Vielleicht erinnern Sie sich, meine Damen und Herren, wie Anfang des Jahres eine erste Diskussion um die Befreiung von Einschränkungen für Geimpfte anhub. Ich sagte damals hier im Landtag, dass diese Diskussion solange müßig ist, wie die Infektiosität von Geimpften nicht zweifelsfrei geklärt ist. Sie wissen: Diese Frage ist mittlerweile beantwortet. Es liegen wissenschaftliche Daten vor, nach denen von vollständig Geimpften wie auch von ehemals Infizierten nur sehr geringe Risiken bezüglich einer Weitergabe des Virus ausgehen.

Ausgehend von der Tatsache, dass Grundrechte individuelle Freiheitsrechte gegenüber der staatlichen Gewalt darstellen, müssen wir nach unserem Rechtsverständnis daraus glasklar ableiten: Geimpfte und ehemals Infizierte müssen von Einschränkungen befreit werden. Von daher haben wir in einer außerordentlichen Ministerratssitzung am 30. April Erleichterungen für diesen Personenkreis beschlossen. Sie werden seither mit negativ Getesteten gleichgestellt und somit von der Vorlage eines negativen Testergebnisses in weiten Teilen befreit.

Ein Wort schließlich noch zur Impfung von Kindern und Jugendlichen: Die EU-Kommission hat den Impfstoff von BioNTech/Pfizer am 31.05. für Kinder ab 12 Jahren zugelassen. Seit Aufhebung der Priorisierung am 7. Juni können sich nun Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren um einen Impftermin bemühen. Bis zum offiziellen Vorliegen einer STIKO Empfehlung für 12- 15-Jährige ist eine Anmeldung auf der saarländischen Impfliste vorübergehend nur für Personen möglich, welche das 16. Lebensjahr abgeschlossen haben. Wir folgen hier der Empfehlung der STIKO, diese Personengruppe nur dann impfen zu lassen, wenn bestimmte Vorerkrankungen vorliegen oder wenn in ihrem Umfeld Menschen mit erhöhtem COVID-19-Risiko

leben, die nicht geimpft werden können und über keinen hinreichenden Immunschutz verfügen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, 16 Monate leben wir jetzt schon mit der Corona-Pandemie. Da ist es durchaus naheliegend, auch eine bisherige Bilanz zu ziehen. Und die sieht durchaus nicht schlecht aus. Wir haben proportional zur Bevölkerung bisher weniger Infizierte als der Bundesschnitt. Sowohl während der zweiten als auch in der dritten Welle lagen die Inzidenzspitzen zu keinem Zeitpunkt über 200 und jedes Mal niedriger als im Bundesschnitt. Bei uns sind auch proportional zur Bevölkerung weniger Menschen in Zusammenhang mit COVID-19 gestorben als im Bundesschnitt. Hinzu kommt: Zu jedem Zeitpunkt konnte unser Gesundheitssystem einem jeden COVID-19-Patienten die optimale Behandlung zukommen lassen.

Und all das – auch das sollte man in Betracht ziehen – in einem pandemisch nicht gerade günstigen Umfeld. Sie wissen: Bei unseren Nachbarn sowohl im Departement Moselle als auch in Luxemburg war das Infektionsgeschehen weitaus virulenter als bei uns. Im Departement Moselle bewegten sich während der zweiten Welle die 7-Tage-Inzidenzen bei Werten weit über 400, in Luxemburg sogar weit über 600. Dass wir hiervon – bei weiterhin geöffneten Grenzen – weitgehend unberührt blieben, zeigt: Unser Testregime an der Grenze hat ganz offenbar hervorragende Arbeit geleistet. Das Schengen-Europa der offenen Grenzen funktioniert in unserer Großregion auch unter schwierigen Bedingungen.

Meine Damen und Herren, eine gute Bilanz hat immer viele Väter und Mütter. Ich danke an dieser Stelle allen Beschäftigten in unserem Gesundheitssystem, aber auch in unseren Verwaltungen – auf der kommunalen Ebene genauso wie auf der Landesebene- und in unserem Gesundheitsministerium unter Führung von Ministerin Monika Bachmann und Staatssekretär Stephan Kolling.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, mehr und mehr bewegen wir uns hinsichtlich der Pandemie-Situation auf wegsamen Pfaden. Der Impffortschritt in Verbindung mit dem Saison-Effekt verspricht uns: Vor uns liegen entspanntere Wochen und Monate. Vor uns liegt das Wiedererwachen des öffentlichen Lebens und die Rückkehr zur sprichwörtlichen saarländischen Geselligkeit – kurz: ein schöner Sommer mit recht mehr Freizeitfreuden. Das haben wir uns alle auch verdient.

Dennoch muss uns klar sein: Vor uns liegen gleichzeitig weitere Unwägbarkeiten. Kommt im Herbst eine vierte Welle? Entwickeln sich weitere Virus-Varianten, die noch gefährlicher sind und möglicherweise auch den bestehenden Impfschutz umgehen? Wie lange noch werden Hygiene- und Abstandsregeln unseren Alltag begleiten müssen? Wie lange überhaupt wird uns Corona noch beschäftigen? Fragen über Fragen, auf die bislang niemand eine valide Antwort geben kann.

Fest steht aus meiner Sicht aber eines: Die Pandemie wird erst dann endgültig besiegt sein, wenn sie global besiegt ist. Selten wurde es so deutlich: Wir leben in EINER Welt und tragen EINE gemeinsame Verantwortung füreinander. Und nur gemeinsam können wir auch diese Pandemie bezwingen. Und solange der Kampf gegen Corona nicht weltweit gewonnen ist, werden Achtsamkeit, Augenmaß und Verantwortung unsere ständigen Begleiter bleiben.